

VOLKSWACHT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen Teil: Fritz Bauer in Breslau, Wilhelms-Ufer 1.

Die „Volkswacht für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete“ ist durch unsere Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 A.

Freitag, 21. August.

Die „Volkswacht für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete“ erscheint wöchentlich 6 Mal. Der Insertionspreis für die 8gespaltene Zeitspalte beträgt 20 A.
Postzeitungsnummer Nr. 5540.

Zum internationalen Arbeiterkongress in Brüssel. IV.

Die Unternehmer beantworteten diesen Beschluß der Arbeiter dadurch, daß sie über alle am 1. Mai Feiernden auf kürzere oder längere Dauer die Sperre verhängten. Die Arbeiter, empört über dieses Vorgehen der Unternehmer, griffen in der Aufregung zum Streik. Zunächst legten die Gewerksführer, 2000 Mann stark, die Arbeit nieder, ihnen folgten die Zimmerer und Maurer. Den Metallarbeitern, welche es nicht auf einen Streik ankommen lassen wollten, wurde, als sie nach zweitägiger „Straffzeit“ wieder zu arbeiten anfangen, die Ueberraschung, daß sie „bezimert“ wurden. Jeder zehnte Mann wurde für dauernd entlassen erklärt. Natürlich kamen dabei die sogenannten „Nadelsticker“ vor allem an die Reihe. In anderen Gewerben wurden die Maßregelungen in ähnlicher Weise durchgeführt. Mit Hilfe der „schwarzen Listen“ waren die auf diese Weise Entlassenen nicht nur in Hamburg und Umgegend, sondern in ganz Deutschland geboykottet.

Neben den ca. 10 000 Mann, welche sich im Streik befanden, galt es also diverse Hunderte von Ausgesperrten zu unterstützen. Wie in Hamburg, so gab es Opfer der Meißfeier in allen größeren Städten. Hunderttausende von Mark mußten aufgebracht werden, um diese Opfer wenigstens vor den schlimmsten Folgen der Arbeits- und Erwerbslosigkeit zu schützen. Zahlreiche Familien wurden durch die Bonifikation der Väter ruiniert, eine ganze Reihe von Gemahregelsten sah sich genötigt, auszuwandern, wieder andere suchten einen neuen Erwerbszweig zu ergreifen. Mancher dieser Braven ist auch zu Grunde gegangen. Den Gipfelpunkt der Insamie erreichte der Fabrikantenverein in Leipzig, welcher seine Mitglieder verpflichtete, Arbeiter, welche am 1. Mai von der Arbeit fortblieben, auf sechs Wochen von der Arbeit auszuschließen und sie dann nur mit reduziertem Lohn wieder anzustellen.

Gewiß wären alle diese Maßregelungen von Seiten der Unternehmer nicht möglich gewesen, wenn Nachfrage nach „Händen“ gewesen wäre. Statt dieser Nachfrage steigerte sich aber das Angebot von Woche zu Woche. Den Unternehmern kam die Ungunst des Waarenmarktes zu statten und ermöglichte ihnen die rücksichtsloseste und brutalste Ausnützung ihrer sozialen Machtposition.

Sämtliche aus Anlaß der Meißfeier ausgebrochenen Streiks und Aussperrungen endeten zu Ungunsten der Arbeiter.

Was den sonstigen Verlauf der Maidemonstration betrifft, so war dieselbe, soweit sie in öffentlichen Versammlungen und Zusammenkünften Ausdruck fand, ebenso allgemein als großartig. Kein Ort, an dem sozialdemokratische Arbeiter wohnen, in dem nicht in der einen oder anderen Weise am 1. Mai zu Gunsten des Achtstundentages und einer internationalen Arbeiterschutzes-Gesetzgebung im Sinne der Beschlüsse des Pariser Kongresses demonstriert wurde. So allgemein aber die Feier war, so ruhig verlief sie auch allerorts. Die in reaktionären Bourgeoisreisen vielfach gehegte Hoffnung, am 1. Mai komme es zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und der Polizei, und daraus werde sich die Notwendigkeit der Verlängerung und Verschärfung des

Sozialistengesetzes herleiten lassen, erlitt elend Schiffbruch.

„Der 1. Mai hat dem Sozialistengesetz den Todesstoß versetzt“, so schrieb ein tonangebendes liberales Bourgeoisorgan im schlecht verhaltenen Merger darüber, daß die Arbeiter durch ihr ebenso kluges Verhalten wie imposantes Auftreten die Pläne ihrer Feinde durchkreuzt hatten.

Am 6. Mai trat der Reichstag nach der Neuwahl zum ersten Male zusammen. Eine der ersten Handlungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war die Einbringung eines Arbeiterschutzesgesetzes, dessen Bestimmungen sich den Vorschlägen des Pariser internationalen Arbeiterkongresses anpaßten. Zum ersten Male wurde in diesem Entwurfe in einem deutschen Parlamente die gesetzliche Einführung des achtstündigen Normal-Arbeitstages gefordert. Da bei der bisherigen völlig unbeschränkten Ausbeutungsfreiheit die tägliche Arbeitszeit tatsächlich in einzelnen Betrieben noch 14 und mehr Stunden beträgt, eine sofortige Einführung des Achtstundentages also einen Sprung bedeuten würde, wie er unter den Bedingungen der internationalen Konkurrenz undurchführbar ist, so war in dem Entwurfe selbst eine Uebergangsperiode festgesetzt. Der betreffende Paragraph hat folgenden Wortlaut:

„In Unternehmungen, welche unter dieses Gesetz fallen“, darf die Arbeitszeit für alle über sechszehn Jahre alten Hilfspersonen vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an täglich höchstens zehn Stunden, an Sonnabenden (Samstagen), Vorabenden der hohen Feste höchstens acht Stunden, ausschließlich der Pausen, währen.

Vom 1. Januar 1894 an wird die höchstzulässige Arbeitszeit auf täglich neun, vom 1. Januar 1898 an auf täglich acht Stunden herabgesetzt.

Bei Arbeiten unter Tage (in Bergwerken, Salinen etc.) oder in Betrieben, in denen ununterbrochen Tag- und Nachtarbeit stattfindet, darf die tägliche Arbeitszeit acht Stunden nicht überschreiten; bei Arbeiten unter Tage ist hierbei die Zeitdauer der Ein- und Ausfahrt in die Arbeitszeit einzurechnen.

Jugendliche Hilfspersonen im Alter von 14 bis 16 Jahren dürfen täglich nicht über acht Stunden beschäftigt werden.

Kürzere Arbeitszeiten sind der freien Verabredung beider Vertrag schließenden Teile überlassen.

Gleich bei Eröffnung der Session legte auch die Regierung einen Entwurf vor, der sich auf die gleiche Materie bezog. Während aber, wie wir gezeigt haben, die Kaiserlichen Erlasse, welche vor der Wahl erschienen waren, davon sprachen: „Die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit zu regeln“, also offen sich zur Einführung eines Normal-Arbeitstages bekundeten, war in dem Regierungsentwurf von dieser ersten und grundlegenden Forderung jeden Arbeiterschutzes keine

*) Der Entwurf erstreckt sich nicht auf das ländliche Dienstpersonal und das sogenannte Hausgebinde, welche Arbeiter in Deutschland noch unter einer sogenannten Gesinde-Ordnung stehen und kein Koalitionsrecht haben.

Nebe mehr. Nur für die erwachsenen Arbeiterinnen in Fabriken war die Einschränkung der Arbeitszeit auf 11 Stunden und das Verbot der Nachtarbeit vorgesehn. Für Kinder bis zum 14. Lebensjahre und für jugendliche Arbeiter im Alter von 14—16 Jahren änderte der Entwurf an den bisherigen gesetzlichen Vorschriften — 6 resp. 10 Stunden tägliche Arbeitszeit — nichts.

Diesem wie noch einigen andern kleinen Verbesserungen des bisherigen Zustandes gegenüber brachte der Regierungsentwurf aber in Bezug auf den sogenannten Kontrollbruch und der Ausübung des Koalitionsrechtes Bestimmungen, welche in der Praxis einer völligen Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter gleich gekommen wären.

Von jeher leidet die Koalitionsfreiheit der deutschen Arbeiter schwer darunter, daß die Bestimmungen der politischen Vereins- und Versammlungsgesetze, welche fast ausschließlich aus der schlimmsten Reaktionszeit stammen, auch auf die gewerkschaftlichen Vereinigungen Anwendung finden. Da diese Gesetze das Inverbindtreten mehrerer Vereine untersagen, eine solche Verbindung aber schon erblüht wird in einer Selbstsendung, die ein Verein an einen anderen sendet, oder in einem Brief, der von dem einen Vereinsvorstand an einen anderen gerichtet wird, so haben die deutschen Gewerkschaftsvereine — ganz abgesehen von den Verfolgungen auf Grund des Sozialistengesetzes — unter fortgesetzten polizeilichen und gerichtlichen Scherereien zu leiden.

Es existiert kein deutscher Gewerkschaftsverband, dessen Organisation in Folge polizeilicher und richterlicher Maßnahmen nicht schon aufgelöst worden ist oder doch hat umgemodelt werden müssen.

Wenn trotz dieser seit Jahrzehnten geübten Plackereien die deutschen gewerkschaftlichen Vereinigungen eine respektable Stärke erreicht haben, so spricht dies gemäß einerseits für die Notwendigkeit solcher Verbindungen für die Arbeiter und andererseits für die große Ausdauer derselben, wenn es gilt, ihre Klasseninteressen wahrzunehmen.

Gegen die „sozialdemokratischen Fachvereine“ hat sich denn auch in der letzten Hälfte der achtziger Jahre, wo der Geschäftsgang ein etwas flotterer war und die Arbeiter diese Gelegenheit allgemein zur Verbesserung ihrer Lage benützten, die ganze Wut des Unternehmertums gerichtet. Speziell auch die Vertreter unserer Großindustrie bekundeten eine Todfeindschaft gegenüber — auch von Kreisen, die nicht den Arbeiterklassen angehören — aufgestellten Forderung, den Arbeitern in ihren Fachorganisationen eine Ineressendvertretung zu geben. Im Namen der Disziplin und der Autorität, ohne deren Vorhandensein kein geregelter Betrieb möglich sei, wurde die vollständige Unterwerfung der Arbeiter unter den souveränen Willen der Unternehmer und ihrer Stellvertreter verlangt.

Seit Jahren schon wird systematisch jede Regung der Arbeiter, welche auf eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen abzielt, als Folge und Ausfluß „sozialdemokratischer Hysterien“ in der Bourgeoispresse hingestellt. Dieser Tendenz folgte nun auch die Regierung indem sie in ihrem sogenannten Arbeiterschutzes-Gesetzentwurf gradezu draconische Strafbestimmungen gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechtes beantragte.

Deutschland.

Ohne Bannern fort mit den Kornzöllern! Das Volk wartet auf die Beseitigung der Kornzölle mit wachsender Ungeduld, während die Regierung des deutschen Reiches sich mit Gleichmut und Gottvertrauen rüßet und die „historische Entwicklung“ abwartet.

Nach der Ansicht der Regierung aber darf das Volk ganz ruhig sein trotz der sich täglich ungünstiger gestaltenden Ernteaussichten.

Der „Reichsanzeiger“, das offizielle Regierungsorgan, hofft, daß „eine unter den zeitigen Verhältnissen etwa zu befürchtende Schwierigkeit in der Ernährung der Bevölkerung abgeschwächt“ werden könne.

Schon atmet der deutsche Michel erleichtert auf und fragt mit schuldiger Ehrfurcht in der Miene: Wodurch wird diese „Abschwächung“ erfolgen?

Mit einem ironischen Zug um den Mund erteilt der diplomatische Mitarbeiter des „Reichsanzeiger“ dahin Auskunft, daß die Regierung erstlich darüber nachdenke, billigere Säge in die Differential-Tarife der Eisenbahnen zu setzen zur Beförderung des Vorkommens des Volkes und zur gleichzeitigen Beförderung von Getreide und Mühlenfabrikaten aller Art auf deutschen Bahnen.

Und das Mittel soll helfen?

Ganz unfehlbar! Denn diese Maßregel in ihrer Durchführung würde den armen ostelbischen Großgrundbesitzern und ihren notleidenden Börsen ganz außerordentlich nützlich sein. Sie könnten nämlich ihr teures Getreide bei billigen Frachttarifen an das hungernde Volk verschachern. Diese biederen Landleute hätten also den Hauptvorteil davon.

Da sieht wieder einmal der beschränkte Untertanenvorstand, wie „etwa zu befürchtende Schwierigkeiten“ mit den einfachsten Mitteln „abgeschwächt“ oder ganz durch eine höhere Weisheit zu beheben sind.

Also nur her mit den billigeren Eisenbahn-Tarifen!

Dann hat der Großagrariar (der notleidende „Bauer“) mehr Geld. Hat aber der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt. Daran wenigstens glaubte der alte und glaubt jetzt noch der „neue“ Kurs.

Die „Frankfurter Zeitung“ ist weniger gläubig und meint hierzu:

Die Reichsregierung gedenkt also billigere Differential-Eisenbahntarife für Getreide und Mühlenfabrikate zu erstellen. Das kann aber den Getreidepreis nicht mindern, dessen Höhe einzig und allein den Marktstand der Bevölkerung, dessen Minderung die Milderung des Notstandes bedeutet. Wir zahlen für Getreide — so hat der Reichskanzler Herr von Caprivi selbst in seiner Rede vom 1. Juni gesagt — Weltmarktpreis plus Zoll. Kann die Regierung den Weltmarktpreis erniedrigen? Auf keine Weise. Denn der Weltmarktpreis resultiert lediglich aus dem Verhältnis der Getreideproduktion und Getreidekonsumtion der Welt, er wird auf den großen, zollfreien Getreidehandelsplätzen wie London bestimmt und in seine Kalkulation wird kein Pfennig von einem preussischen Eisenbahntarif eingestellt, weil

das preussische Eisenbahnnetz sozusagen außerhalb des „Weltmarktes“ liegt, bloß eine Seitenlinie, eine Sackgasse neben der großen Getreide-Welt handelsstraße bildet. Das Getreide, welches Deutschland aus den Vereinigten Staaten, Ostindien, Rumänien u. s. w. importiert, kommt zu Wasser bis nach Mannheim und hat bis dahin keine preussische Eisenbahnlinie zu passieren. Solange Deutschland aber auch nur mit irgend welcher nennenswerten Quantität auf das Weltmarkt-Getreide angewiesen, solange muß es — darin hat Herr von Caprivi Recht — Weltmarktpreis plus Zoll bezahlen, und um diese Last zu mindern, kann man im Wesentlichen nichts Anderes tun, als eben einfach den Zoll herabzusetzen oder aufzuheben. Dazu aber will sich die Regierung nicht verstehen.

Die Eisenbahn-Differentialtarife für Getreide, welche die Regierung jetzt einzuführen gedenkt, werden eine andere Folge haben, sie werden das ostpreussische Getreide absetzbarer in West- und Süddeutschland machen. Vor der Einführung der Getreidezölle fand ein Ausgleich zwischen dem Getreide-Ueberfluß Nord- und dem Getreidemangel Süddeutschlands überhaupt nicht statt. Einestheils waren die Quantitätsunterschiede, anderenteils die Frachtkosten daran schuld, welche letztere sich für Getreide vom Norden bis nach Mannheim über Rotterdam noch höher stellten, als solche bis nach England. Derwegen zog es der Norden vor, sein Getreide nach answärts bis nach England zu verschicken. Der Zoll erhöhte den Inlandspreis und machte den Versand norddeutschen Getreides nach süddeutschen Märkten profitabler als den nach England. Aber immerhin hätte der norddeutsche Landwirt, der sein Getreide nach Süddeutschland schickte, mehr Frachtpfefer als der süddeutsche Landwirt und hat infolge dessen bei deraartigen Transaktionen den Zollobtrag von 5 Mark nicht voll profitiert, sondern einen Teil desselben als Fracht anderweitig abgegeben. Das soll nun durch die neu einzuführenden Differential-Tarife geändert werden. Diese sollen und werden wol auch den ostpreussischen Landwirt die Konkurrenzbedingungen im ganzen preussischen Staat und selbst im ganzen Deutschen Reich erleichtern und selbstverständlich auch die des süddeutschen Landwirts somit erweitem. Sie können deutsches Getreide, das sonst ins Ausland ginge, im Inland zurückhalten, wo es vermöge der billigeren Eisenbahntarife besser anzubringen sein wird. Aber sie können den Weltmarktpreis und den Zoll, daher auch den vom deutschen Konsumenten zu bezahlenden Getreidepreis nicht verringern. Könnten sie's, so wären sie nie die Förderung der preussischen Großgrundbesitzer gewesen, die jetzt endlich eines ihrer langjährigen Ideale der Verwirklichung entgegengeführt sehen.

Aus allen diesen Gründen stelle das Volk der deutschen Reichsregierung gegenüber sein nächstes Ultimatum: Ohne Bannern fort mit den zur Hungersnot führenden Kornzöllern!

Was jetzt tut! Diese Frage beantwortet die „Voss. Ztg.“ dahin: „Mit der zeitweiligen Beseitigung aller Lebensmittelzölle muß die alsbaldige Aufhebung des Einfuhrverbots für amerikanische Schweineprodukte, das durch nichts mehr zu rechtfertigen ist, die Herab-

setzung der Eisenbahntarife für alle notwendigen Bedarfnisse des Volkes und die Entlastung von unentbehrlichen Verbrauchsgegenständen der minder bemittelten Bevölkerung einhergehen, beispielsweise also für die Zeit der ungewöhnlichen Teuerung die Aufhebung der Salzsteuer und der Zölle auf Kaffee und Petroleum.“

Globsposten über Globsposten laufen über die Ernteaussichten in den verschiedenen Landesteilen ein. Aus dem Feuerlande wird berichtet, daß der fast keinen Tag aussehende Regen großen Schaden anrichtet. Nirgends sieht man mehr gesundes Kartoffelkraut, die Gartenbohnen beginnen zu faulen. Der seit ca. drei Wochen geschorene Kops fängt an, schwarz zu werden, vergeblich wird auf sonnige Tage gewartet, um den Kops dreschen zu können. Der Roggen sieht längere Zeit in Hocken und ist zum Teil schon ausgewachsen.

Aus der Umgegend der Stadt Oldenburg schreibt man, daß die meisten Kartoffelfelder einen pestartigen Geruch verbreiten.

Aus der Provinz Hannover verlaufen aus vielen Strichen nicht viel günstigere Nachrichten. Aus Wunstorf wird gemeldet, daß der Landmann sich zu seinem Nachteil über den Stand des Roggens sehr getäuscht habe. Bei der andauernden Nässe gedeihen auch die Sommerfrüchte nicht, wie man hoffte. Der Gaser lagert sich, die Kartoffeln sind schon in großen Mengen abgestorben. Groß ist auch der Feuerungsmangel, besonders für die, welche ausschließlich Torf heizen, da der alte verbraucht, der neue naß ist. Mit Sorgen erwartet man den Winter.

Aus Wegefeld verläutet, daß auf den Aedern der Umgegend der Roggen auszuwachsen beginnt. Der noch nicht gemähte Roggen ist von der Wucht der Regenschauer niedergelegt und die am Boden liegenden schweren Ähren wachsen aus. In den meisten Fällen wird das Korn kaum noch als Viehfutter zu verwenden sein.

Im sonst so segneten Stedinger- und Wubjädingerland treffen von allen Seiten Globsposten über den Schaden ein, welchen kürzlich das furchtbare Hagelwetter anrichtete, und der um so schwerer ist, als fast keiner der Betroffenen gegen Hagelschlag versichert war. Man konnte letzteren dort in den letzten Jahren kaum Hagelnußgroße Hagelkörner haben ganze Fruchtfelder der Ähren und Hirschen beraubt, einige Eigentümer hüben Tausende ein. Vereinzelt wurden ganze Kopsfelder zerstört.

Weiter verläutet aus Schweiburg im Oldenburgischen, daß die Flut kürzlich den Aedelgroden trotz aller Anstrengungen der Leute dermaßen überschwemmte, daß ein großer Teil der Ernte vernichtet ist. Der noch auf dem Galun befindliche Roggen beginnt allenthalben zu faulen. Auch die Weiden leiden unter der großen Nässe, denn das Vieh zertritt den weichen Boden und das Gras wird weniger.

Infolge der anhaltenden trostlosen nassen Witterung ist die Roggenernte in Schleswig-Holstein als völlig verloren zu betrachten. Der kleine Landmann gerät dadurch in eine schlimme Lage. Ihm wird das wichtigste Nahrungsmittel für sich selbst und sein Vieh fehlen, denn auch die Kartoffeln leiden stark an der

Der Landwehrmann.

Von Heinrich Landsberger.
(Schluß.)

So ruft er und wieder funkelt's in seinen Augen. Dann sprengt er hoch den gezogenen Degen haltend, wieder zur Seite.

„Zweiundzwanzig, dreiundzwanzig, vierundzwanzig!“ zählt der Flügel-Unteroffizier.

„Marsch!“

Und das linke Bein hinauswerfend, so setzt sich die lange, doppelgliedrige Kolonne in Bewegung.

„Nun, Kinder, sich keine Bräue ausreißen!“ . . . „Landwehr hat Ruh!“ . . . „Die lange Latte am Flügel, die reißt schon wieder aus wie Schafleder!“

Trotzdem das Sprechen auf's Strengste verboten ist, so geht das Murmeln dennoch, für den Vorgesetzten freilich unhörbar, durch das ganze Glied.

Voran marschirt der Landwehr-Offizier. Zur rechten Seite der Kolonne sprengt der Hauptmann. Und von drüben her die dröhnenden, schmetternden Klänge des Longauer Marsches.

Sald ist die Zweite heran. Dann kommen sie.

„Nichtung? Zum Teufel, Nichtung!“ gellt es da von der rechten Seite. Es ist der Hauptmann . . . „Der ganze linke Flügel muß heraus. Auch die Mitte! Und von rechts der achte, neunte, der zwölfte Mann! Der zwölfte Mann!“

Ja, wer ist der zwölfte Mann? Vorhin, da wurden noch im letzten Augenblick auf den Befehl des Majors die Leute umgewandt; besonders auf dem rechten Flügel, da kamen einige vom linken hin, des Stößen-

„Zum Teufel, der zwölfte Mann! Will er denn nicht hören?“

Einige rühren sich und stürzen mit langem Schritte nach vorn. Wen meint er denn nur? Nach dem Flügel sehen und abzählen, das geht doch jetzt nicht.

Da kreischt die Stimme, wie sie es noch niemals in den ganzen zehn Tagen gehört haben:

„Der Zwölfte! Hat sich der Kerl denn die Ohren verstopft? Ich will ihm helfen!“

Dampf dröhnt die Scholl, hoch bäumt sich das Pferd, blitzend blinkt der Stahl in der Luft, fast wie die jähenden Augen in dem ganz dunkelrot entflammten Gesicht, so stürzt er heran.

„Willen, das geht auf Dich! Der Zwölfte, das bist Du!“

Er? Unhinn! Wie wäre das möglich? Nicht streift sein rechter Arm den linken des Nebenmannes, er hat genaue Fühlung. Er, er ist das nicht.

Und dennoch, wie ein Blitzstrahl so zuckt es durch ihn. Wie er da kommt mit dem sauscaden, blitzenden Stahl, so, so hat er ausgegesehen, als er damals den Bruder durchschlug . . .

„Heraus!“

Er kreischt's, daß ihm die Stimme überflügt . . . und gerade sprengt er auf ihn zu.

Allmächtiger Gott! Er ist es, dem es gilt! Und sein Kind!

Da gellt's in ihm auf und es funkelt vor ihm der Stahl.

„Ja, Sie meine ich, Sie!“

Der Mann auf dem Pferde aber vollendete es nicht.

Die ganze Kompagnie war Zeuge gewesen und auch der Oberst, der Major und die übrigen Offiziere hatten es gesehen. Ein Mann aus dem ersten Gliede war hervor auf den Hauptmann gesprungen und hatte ihn beim Arme gepackt. Und dieses Ungeheuerliche vor ihrer Auler Augen.

Sofort vom Platze ab wurde der Mann durch eine Eskorte abgeführt und in den Arrest gebracht.

Man stellte ihn vor das Kriegsgericht.

Seine Verteidigung war seltsam und unwahrscheinlich genug. Er hatte angeblich gefürchtet, daß der Hauptmann ihm mit dem geschwungenen Degen ans Leben wollte und da er ein Kind zu Hause hatte, das er noch nicht einmal gesehen, so wäre ihm um besser willen sein Leben noch teuer gewesen, und in der Angst sei das Vergehen geschehen. Nur schätzen habe er sich gewollt. Einiges hatte diese Verteidigung beinahe tauglich. Denn derselbe Hauptmann hatte einst im Jern seinen Varschen, der der Bruder des Angeklagten war, erstochen, und darauf berief sich auch der Angeklagte. Am Ende aber sah man ein, wie unglaublich das war und nun fing sich der Angeklagte in der eigenen Schlinge; jetzt nämlich hatte man auch sein Motiv, das war Rachsucht. Dazu auch seine Führung . . . er war sogar ein Jahr auf Festung gewesen, wegen Gehorsamsverweigerung. Er neigte also ohnehin zur Subordination.

„Tätlicher Anariff auf einen Vorgesetzten vor versammelter Mannschaft!“ darauf lautete die Anklage und die Richter urteilten auch demgemäß.

Das Urteil war: „Fünf Jahre Zuchthaus!“

Gäule und dürste dadurch die Ernte ganz erheblich einträchtig werden. Auch auf das nächste Jahr wirft das unmittelbar bevorstehende Elend seine Schatten, da es an Saat für die Bestellung fehlen wird. Angesichts der traurigen Lage entsteht die Frage, ob die Einrichtung von Trockenböden oder Häfen für die Landwirtschaft, um das Korn wenigstens in den Höfen windtrocken zu bekommen, sich empfehlen möchte. Theoretisch ist diese Idee richtig, ob sie sich praktisch durchführen läßt, ist indessen eine andere Frage.

Kurz, aus allen Richtungen treffen Nothposten ein, denen gegenüber die Reichsregierung taub ist, während das Volk mit wachsender Besorgnis dem Winter entgegengeht.

Zufolge der übertriebenen Steigerung der Roggenpreise, so meldet das Wolff'sche Bureau, liegt jetzt die Absicht vor, zur Brot-Ernährung der Armee Weizen heranzuziehen.

Unter den Metallarbeitern will die Organisationsfrage noch immer nicht zur Ruhe kommen, vielmehr sind neue Konflikte ausgebrochen. Die Gründung eines allgemeinen Verbandes, welche auf dem Kongreß in Frankfurt am Main Anfang Juni mit großer Majorität beschlossen wurde, ist den Formern sehr zuwider und sie wollen sich dem Beschlusse nicht fügen. So hat der Vertrauensmann der Former, Genosse Th. Schwarz, jetzt einen Formertag einberufen, welcher die Organisationsfrage nochmals vornehmen soll und sich jedenfalls gegen den Anschluß an den allgemeinen Verband und für eine selbständige Formerorganisation aussprechen wird. Dieses Vorgehen der Former wurde am 13. August in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung in Frankfurt am Main nach einem Referat des Genossen Emmel scharf verurteilt. Es wurde in dieser Versammlung folgende Resolution gegen zwei Stimmen angenommen:

In Erwägung, daß ein Sozialdemokrat die Verpflichtung hat, nach demokratischen Grundfragen zu handeln, umso mehr, wenn derselbe einen Vertrauensposten in der Partei bekleidet; in weiterer Erwägung, daß der vom 1. bis 6. Juni in Frankfurt a. M. abgehaltene III. allgemeine Metallarbeiter-Kongreß, welchen der Reichstagsabgeordnete Theodor Schwarz als Vertrauensmann der Former mit einberufen hatte, mit $\frac{5}{6}$ Majorität beschloß, einen allgemeinen Verband zu gründen, verurteilt die Versammlung entschieden die Einberufung eines Formertages, sowie die Art und Weise, wie die Agitation für denselben betrieben wurde, als ein Vorgehen, das allen demokratischen Grundfragen zuwiderläuft und spricht dem genannten Th. Schwarz die Fähigkeit ab, in Zukunft einen Vertrauensposten zu bekleiden. Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, den Vorstand der sozialdemokratischen Partei aufzufordern, von dem Reichstagsabgeordneten Th. Schwarz zu verlangen, entweder sich dem Beschlusse des Metallarbeiter-Kongresses zu fügen, oder sein Mandat als Reichstagsabgeordneter niederzulegen.

Die Versammlung fordert die Arbeiter Deutschlands — speziell die in der Metallindustrie beschäftigten — auf, Stellung in dieser Angelegenheit zu nehmen.

Zu dieser Resolution bemerkt der „Vorwärts“, daß es heiße, das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man einen Parteigenossen, der seit langen Jahren sich als ein ebenso ruhigdenkender als der Arbeiter-sache treuergebender Mann erwiesen habe, ohne weiteres „die Fähigkeit in Zukunft einen Vertrauensposten zu bekleiden“, abspreche. Es sei ungewiss, ob Genosse Schwarz zu seinem Vorgehen, mag es auch falsch sein, durch schwerwiegende Gründe veranlaßt worden sei: man sollte doch erst abwarten, was der Formertag beschließen wird. „Wenn die Versammlung dann noch so fährt der „Vorwärts“ fort, ihr Bureau beauftragte, den Vorstand der sozialdemokratischen Partei aufzufordern, dem Abg. Schwarz die Alternative zu stellen, entweder sich dem Beschlusse des Metallarbeiter-Kongresses zu fügen oder sein Mandat als Reichstags-Abgeordneter niederzulegen, so wird ja unser Parteivorstand, wenn wirklich ein solches Ansinnen an ihn gestellt werden soll, darauf die entsprechende Antwort zu geben wissen. Wir können nur unser Bedauern aussprechen, daß ein solcher Beschluß aus solchem Anlaß gefaßt werden konnte.

In Berlin kostet das Kommissbrot schon achtzig Pfennige! Die Kasernen sind an den Vortagen von Menschen förmlich umlagert.

Berlin. Der freisinnige Berliner Arbeiterverein hat in seiner letzten Versammlung nach einem Vortrage über „Kapital und Arbeit“ folgende Resolution angenommen: Die ungleiche Verteilung von Arbeit und Genuß ist in keiner Weise eine gerechte und den Anschauungen einer moralisch-sittlichen Gesellschaftsordnung entsprechende. Sie ist ein Erbteil aus jener Zeit des Altertums, wo ein Teil der Menschheit sich zum Herrscher über den andern aufwarf und das Sklaventum schuf; die gegenwärtigen Gesellschaftsgleichheit welcher Regierungsform dieselbe huldigt, ist verpflichtet, diesem Uebelstand abzuhelfen und Einrichtungen zu schaffen, nach welchem es jedem ordentlichen Menschen, ungeachtet der Arbeit, welche er verrichtet, möglich wird, sich die notwendigen Lebensgenüsse zu verschaffen. Die Abschaffung aller indirekten Steuern und Zölle auf Lebensmittel, die Einführung einer nach oben sich steigenden Einkommensteuer, sowie die Befreiung der stehenden Heere und als Anfang zur Beseitigung dieses Zustandes anzustreben. Endlich hält der Verein die Ueberführung des Grund und Bodens aus dem Privat- in den Staats- oder Kommunalbesitz zur Lösung der sozialen Frage für notwendig. — Was wird wol Herr Richter hierzu sagen? — Und wird der Verein hieraus Konsequenzen ziehen?

Berlin. Am Sonnabend Nachmittag 3 Uhr entgleiste auf der Haltestelle Wendisch-Dreyna ein Personenzug von Berlin nach Dresden. Der Zug war durch falsche Weichenstellung auf ein totes Geleise geraten und fuhr den Pressbock um. Die Maschine stürzte um, der folgende Güter-, Gepäck- und ein Personenwagen sind beschädigt. Einem Kinde wurden drei Finger gequetscht, dem Lokomotivführer ein Fuß verstaucht. Abends um 6 Uhr waren die Geleise wieder frei. — Wenn man doch die große Verantwortung einsehen wollte, die auf den Weichenwärttern lastet.

Mainz. In der Säbelaffaire ist nunmehr das Urteil vom Militärgericht gefällt worden. Der Premierlieutenant Venzke wurde wegen des vielbesprochenen Säbelangriffs gegen den Architekten Heyl zu zwei Monaten Festungshaft verurteilt.

Aus der Ferienkolonie. Ueber eine Soldatenmishandlung wird der „Köln. Volksztg.“ aus Godesburg folgendes mitgeteilt: „Bei einer Schießübung des 82. Regiments, in der Nähe unserer Stadt, ist ein Soldat, ein Lazarettgehilfe, von einem jüngeren Offizier dermaßen mishandelt worden, daß der Bedauernswerte heute gestorben ist. Die Verwundung geschah mit dem Säbel am Kopfe. Die Entrüstung darüber ist hier sehr groß.“ — Durch die bürgerliche Entrüstung darüber werden derartige Brutalitäten leider nicht beseitigt.

Eiberfeld. Im vergangenen Jahre verbreitete hier der jetzige Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei, Wilhelm Ullmann, eine Broschüre von Paul Lafargue, „die Religion des Kapitals“ betitelt. Die hiesige Staatsanwaltschaft hat nun in dem Inhalt der Broschüre schwere Gotteslästerung und Beschimpfung der christlichen Kirche und ihrer Einrichtungen sowie auch unzüchtige Äußerungen im Sinne des § 184 des St.-G.-B. gefunden und gegen Ullmann wegen Vergehen gegen §§ 166 und 184 des St.-G.-B. Anklage erhoben.

Bericht der „Kölnischen Zeitung“ aus dem nördlichen Weiberbezirk stellt die dortigen Verhältnisse in traurigstem Lichte dar. Der Rückgang der hier einst sehr verbreiteten Hausindustrie ist rapide. Im Jahre 1881 wurden im linksrheinischen Teile des Regierungsbezirks Düsseldorf 41000 Hand-Webstühle gezählt, und zu Anfang dieses Jahres ergaben die Ermittlungen 18000 Stühle; von Woche zu Woche werden noch immer mehr Handstühle außer Betrieb gesetzt. In den ersten Jahren des Rückgangs der Hausindustrie, 1886 und 1887, fanden die arbeitslosen Handweber Arbeit in den mechanischen Webereien, nun müssen auch diese ihre Tätigkeit erheblich beschränken. Die nicht an die Scholle gebundenen Weber und Fabrikarbeiter suchten und fanden in der Eisen-, Bergwerks-, Wollens- und Baumwollens-Industrie Arbeit und Verdienst, die ansässigen Weber aber kämpften bei kümmerlichem oder gänzlich mangelndem Verdienste mit schweren Nahrungssorgen. In 10 Jahren sind die ehemals blühenden Industrie-Orte des nördlichen Weiberbezirks arm geworden. Die Einführung neuer Industriezweige will nicht gelingen und die von den Webern gesuchten Nebenerwerbszweige sind so wenig lohnend, daß ein Vater eine größere Familie bei wochenlangem Verdienstlosigkeit unmöglich ernähren kann. — So die „Kölnische Zeitung.“ Aber mögen die Tatsachen, welche unsere anarcho-synthetische Produktionsweise erzeugt, auch noch so laut zum Himmel schreien, wir, die wir allein jene Tatsachen ernsthaft beseitigen wollen, bleiben für Blätter vom Schlage der „Kölnischen“ doch immer die geschworenen Feinde der „Ordnung.“ Die „Ordnung“ das ist das Privateigentum und sein Zwillingbruder, der Hunger! —

Vom „heiligen“ Mod. Erier. Bei der letzten Ausstellung des „heiligen“ Modells sollen einige Duzend

Dulks Köchin.

Humoreske von L. Pauly.

Der Provisor in der Dulkschen Apotheke erteilte dem Lehrling heute schon den dritten Verweis. In seiner Herstreuthheit hatte Kaspar beim Abjassen des Kräutertees einen Papierbeutel mit Kamillen in den Kasten mit Lindenblüten gepackt.

Er genau beobachtete, fand, Kaspar sei heute — am Faschnachtgedienstag — ganz besonders erregt; was ihm aber eigentlich fehlte, erfuhr niemand. Der Lehrling gehörte zu den verschlossenen Naturen, die Aerger und Wut bis zu einem gewissen Grade in sich versenkten. Das hatte Kaspar lange getan; es nagte ihm am Herzen ein tiefer Kummer. Schlechte Nachrichten von Hause? fragt der Leser — o nein; ein Freundes-trennung etwa oder gar Liebesgram? Nein und abermals nein! Nach Kaspars Dafürhalten etwas weit schlimmeres — nämlich Niese, des Apothekers Wirtschasterin, die — seit Herr Dulk Wittwer war — die Frau im Hause vertrat, hielt den armen jungen Mann mit dem Frühstücksbrote gar zu inapp.

Seit dem Herbst zählte der Lehrling erst zum Apotekerpersonal, und Niese — welche, beiläufig gesagt, ganz vorzüglich kochte — fungierte im Hause schon fast sieben Jahre. Bis zum Tode der Prinzipalin war sie nur Köchin gewesen, seitdem jedoch zur selbständigen Wirtschasterin avanciert.

Kaspar sagte ihr einmal ganz dreist ins Gesicht, sie verstehe sich schlecht auf Beurteilung seines Appetits, doch die stattliche Dreißigerin — etwas selbstbewußt, weil der Prinzipal gut auf sie zu sprechen war —

blieb dabei, die dem Lehrling zugeleiteten Portionen an Frühstücksbrot seien ausreichend genug. An die höhere Instanz des Lehrherrn wagte Kaspar sich nicht heran, Herr Dulk war auch nur selten dahel, er verzeihe viel und die Gehilfen waren fest überzeugt, daß er wieder auf Freiersfüßen gehe.

Was Kaspar indeß, da der Bienenkaffee nach wie vor ihm zugenutet ward und die Butterschnitten nicht bider und fetter wurden — bei sich beschloß, war, an Niese bei aller nächster Gelegenheit Revanche zu nehmen. Heute schien er nun gekommen, der Tag der Vergeltung! Kaspar hatte einen Plan erdacht, den er ausführen wollte. Die Erwartung darauf und das Zagen, ob es ihm auch gelänge, machten ihn — wie zuvor erwähnt — etwas unruhig und zerstreut.

Vom jüngsten Kellner im „Goldenen Löwen“ — dem Gasthof am Markt, der Apotheke gegenüber, wo der Handwerkerverein seine Feste beging — und auch non Niese, der Küchenmagd, welche die Wirtschasterin nicht gut leiden mochte — von diesen beiden erfuhr Kaspar, Niese gehe heute Abend auf den Maskenball im „Löwen“ und zwar in resedafarbenem Domino, den sie sich mit Hilfe ihrer treuesten Freundin Regina — der Schwester ihres Kurmachers, des Musikus Franz Bundelein — aus einem von der Frau Apothekerin geerbten Seidentleide hergerichtet hatte. Alles mußte Kaspar haarklein, auch wie keine Menschenseele davon erfahren sollte, daß Niese sich in den resedafarbenen Kapuchon-Mantel flicken wollte.

Unterdessen Kaspar in Spannung den Abend erwartete, tat Niese in den Wirtschasterräumen das gleiche. Es gab für sie noch viel zu tun und Niese sollte sie

für den Rest des Tages bei den häuslichen Obliegenheiten vertreten.

Der Herr freilich war wieder nicht zu Hause, seit drei Tagen schon — und eben dieser Punkt war's, der Niese augenscheinlich viele Kopfschmerzen machte. Konnte sie denn eigentlich ohne Urlaub auf den Maskenball gehen? Vor Herrn Dulk war ihr solches zu tun nicht völlig gleich. Die Leute in M. meinten, und nicht mit Unrecht, der Prinzipal gelte der Wirtschasterin mehr, als sonst der Fall zu sein pflegt, und sie trage sich ziemlich stark mit der Hoffnung, noch einmal Frau Apoteker zu werden.

Mancher schüttelte zwar ungläubig den Kopf und die Gehilfen spotteten hinter Nieses Rücken über ihren Wahn — aber trotz alledem, die Wirtschasterin mußte, wenn sie ehrlich war, sich zugestehen, daß sie sich Rechnung darauf machte. Aus diesem Grunde hatte sie Reginas Bruder — dem man gern den Titel „Musikdirektor a. D.“ zum Scherz anhing — auch immer noch nicht erhört.

Nun schlug es sechs Uhr. Auf dem Markt brannte vor dem Löwen schon längst die einzige Laterne. Niese schaute durchs Fenster aus. Von Herrn Dulk war noch immer nichts zu sehen. Da — schnell entschlossen — kleidete sie sich an. Ueber dem kirchroten Merinolleide stand ihr der Domino gut und die lange weiße Straußfeder am Varet, vom ererbten Sammethut der seligen Frau Apoteker abgetrennt, nahm sich sehr stattlich aus.

(Fortsetzung folgt.)

„Wunder“ dadurch zu Stande gekommen sein, daß man die „heilige“ Reliquie berühren ließ. Auch dieses Jahr tragen sich viele Gläubige mit der Hoffnung, daß sie von unheilbaren Gebrechen durch den heiligen Rock befreit werden könnten. Das bischöfliche General-Bisariat hat mit Bezug hierauf folgende Verordnung erlassen: „Die Zulassung von Kranken zur Berührung des Rockes muß im bischöflichen Hofe persönlich erwirkt werden. Zuvor muß aber, mindestens acht Tage vor der Reise hierher, eine schriftliche Eingabe an den Hochw. Herrn Bischof gemacht werden, welcher ein Zeugnis des Orts Pfarrers über die Führung und eines Arztes über den augenblicklichen Zustand des Kranken und die Art seines Leidens beilegen muß.“ Will man hoffnungslos Kranke der „Wunderkraft“ des „heiligen“ Rockes nicht teilhaftig werden lassen?

Der Zynismus der Kohlenbarone kann nicht drastischer illustriert werden, wie durch den Hohn, mit welchem der Kohlenring die Klagen über die teuren Kohlenpreise übergeht. Zu einem Festmahle, welches der Dortmunder Kohlenverkaufsverein in Bad Königshorn bei Gelegenheit seiner Jahres-Generalsversammlung veranstaltete, war eine Speisefarte mit folgendem Motivo angefertigt worden:

Der Gott, der Kohlen wachsen läßt,
Will auch, daß sie was gelten!
Drum halten wir in Treuen fest,
Mag man uns auch drum schelten.

Wahrlich, bemerkt dazu die „Magdeb. Volksst.“, es ist weit genug gekommen im Vaterlande der Krupps und Baares. Während das Volk hungert und darbt, während die Kinder der Proletarier nicht einmal genügend Kartoffeln, an sich schon eine durchaus minderwertige Nahrung, erhalten können, um ihren Hunger zu stillen — wach ein Zynismus auf der anderen Seite! Allerdings, um den Champagnerflaschen bei den Festmählern der Generalsversammlungen die Hälse brechen zu können, ist es nötig, „daß die Kohlen auch was gelten!“ Aber die Herren haben es sich gut einzurichten gewußt! der erste Loos hat eigentlich der fünfjährigen Legislaturperiode gelten müssen; denn hätten sich die Herren vom Nothzoll nicht auf fünf Jahre verschanzt, ständen wir jetzt vor den Wahlen, bei, wie würde das darbenende Volk die Herren Kraut-, Schlot- und Hübenjunker zu Paaren treiben, daß es eine Lust wäre.

Internationaler Arbeiterkongress.

Vorkonferenz der deutschen Delegierten.

Unmittelbar nach Schluß der Eröffnungssitzung treten die Delegierten der einzelnen Länder behufs Prüfung der Mandate in den verschiedenen Lokalitäten der Maison du Peuple zusammen. Zu der bereits im „Vorwärts“ veröffentlichten Delegierten-Liste haben wir noch nachzutragen: Paul Hug für Oldenburg, A. Meiß für Köln, H. Schmidt für Karlsruhe und C. Weich für Arefeld. Die deutschen Genossen in Paris haben den Genossen Leo Frankel in Paris (1871 Mitglied der Kommune), die in Brüssel den Genossen Brendel mit ihrer Vertretung beauftragt, die rheinischen Textilarbeiter den Genossen Emil Müller in Elberfeld delegiert.

Für das Bureau werden seitens der deutschen Delegierten vorgeschlagen: Singer und Liebknecht; als Sekretäre Auerbach und Fendrich, als Uebersetzer Lux, Wolfenbühl und Walster.

Bei der Beratung über die definitive Tagesordnung wird beschlossen: Gegen die Behandlung von Punkt 1 (Arbeiterschutz-Gesetzgebung), Punkt 2 (Koalitionsrecht, Boykott und Gewerkschaften), Punkt 3 (Stellung zum Militarismus) werden keine Einwendungen erhoben; Punkt 4, die Haltung, welche die organisierten Arbeiter aller Länder in der Judenfrage einzunehmen haben (Amerikanischer Verband der Arbeitervereinigungen jüdischer Zunge), gab zur Debatte insofern Anlaß, als die bloße Ablehnung vielleicht zu der Deutung führen könnte, man wolle aus Feigheit in dieser Frage eine bestimmte Stellungnahme vermeiden. Aus diesem Grunde solle seitens der deutschen Delegierten eine motivierte Tagesordnung beantragt werden.

Punkt 5 und 6 lauten: Die Verwendung des Parlamentarismus und des allgemeinen Stimmrechts zu Gunsten der sozialistischen Arbeiterklasse; die Taktik, welche einzuschlagen ist, um die Befreiung der Arbeiter zu erreichen; und die Mittel, welche angewandt werden müssen, um sie zu verwirklichen. (Holland.) Bündnis der sozialistischen Arbeiterparteien mit Parteien der Bourgeoisie.

In erster Linie wird Absehung dieser Punkte von der Tagesordnung beantragt. Falls diese aber nicht beschlossen werden sollte, soll nur die prinzipielle Frage der Beteiligung am Parlamentarismus und die Benutzung des allgemeinen Stimmrechts zur Diskussion gestellt werden; die zweite Hälfte des Punktes 5 wie Punkt 6 seien einfach auf einem internationalen Kongress

un diskutierbar, weil hierfür die ökonomische wie politische Entwicklung der einzelnen Länder ausschlaggebend sei, die zu beurteilen nur die Genossen der betreffenden Länder kompetent wären.

Punkt 7: Unterdrückung der Stück- und Akkordarbeit soll ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt werden, während Punkt 8: Meißer widerspruchlos zur Diskussion akzeptiert wird. Dagegen wird Punkt 9: Annahme einer gleichlautenden für alle Länder bindenden Parteibezeichnung abgelehnt, bei Punkt 10:

Wirksame und praktische Organisation a) der internationalen Arbeiterkorrespondenz; b) der allgemeinen Arbeiterstatistik; c) einer internationalen Verständigung unter den Arbeitern aller Gewerke durch die Einrichtung von nationalen und eines internationalen Syndikats- (Gewerkschafts-) Ausschusses; d) der regelmäßigen Uebersmittlung von Nachrichten und Berichten vermittelst eines internationalen sozialistischen Jahrbuchs und Kalenders, welche in allen Sprachen zu erscheinen hätten; e) der sozialistischen Propaganda und Agitation in allen Ländern,

wurden die unter a) b) und d) angeregten Forderungen als beim heutigen Stand der Arbeiterbewegung und der Gesetzgebung in den verschiedenen Ländern undurchführbar abgelehnt.

Von Schmidt-Karlsruhe wird ein Antrag gestellt und soll am Kongress Seitens der deutschen Genossen unterstützt werden, nämlich ein Komitee zu ernennen, das bis zum nächsten internationalen Arbeiterkongress eine Formulierung der sozialdemokratischen Grundforderungen herstellen möge, die dann gleichsam als Prinzipien-Erklärung an der Spitze des Programms der sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern figurieren soll.

Punkt 11: Abhaltung eines internationalen Arbeiterkongresses 1893 in Chicago wird abgelehnt und dem Kongress der Vorschlag unterbreitet, höchstens in Zwischenräumen von je drei Jahren internationale Arbeiterkongresse einzuberufen.

Die mit der Mandatsprüfung betraute Kommission (Brühns, Meßger und Goldstein) teilt mit, daß 40 Delegierte mit 99 Mandaten angemeldet seien, gegen welche keinerlei Einwendung erhoben werden könne.

Zweite Sitzung.

Das Bureau wird aus Delegierten sämtlicher am Kongress vertretenen Länder bestellt; dasselbe bestimmt zum Präsidenten die Genossen Baillant (Paris) und Singer. In einer zündenden Ansprache hob Baillant hervor, wie schon in der Zusammensetzung des Bureaus die Arbeiter der verschiedensten Länder einen Protest gegen die kriegs- und völkerverheerende Politik unserer Gegner erhoben haben. Der Umstand, daß man ihn, den Vertreter der französischen Arbeiter, das Mitglied der revolutionären Pariser Kommune, und neben ihm den Genossen Singer, ein Mitglied des deutschen Reichstags, zu Präsidenten ernannt habe, sei von geradezu symbolischer Bedeutung. Beide Nationen gelten heute in der offiziellen Politik als die beiden feindlichen Pole — hier vereinige die Sozialdemokratie, die einzige Partei, welche wirklich den Frieden will und den Frieden schaffen will durch Beseitigung der den Krieg notwendig erzeugenden wirtschaftlichen Ursachen, diese beiden Nationen zu internationaler Verbrüderung. Die Sozialdemokratie habe nichts zu tun mit nationalen Intrigen, ihre Verwirklichung bedeute den Weltfrieden, die Beseitigung der Klassen-gegensätze, der Knechtschaft in jealicher Form.

Singer nimmt die Baillant'schen Erklärungen auch für die deutsche Sozialdemokratie auf, in der kein Boden für die nationalen Verhörungen vorhanden sei; wenn Baillant auf die symbolische Bedeutung hinweise, die darin liege, daß hier ein Vertreter der Pariser Kommune neben einem Mitgliede des Deutschen Reichstags präsidire, so dürfe er wol auch darauf verweisen, daß die deutsche Sozialdemokratie zu allen Zeiten den hohen Gedanken der Kommune vertreten und verteidigt habe, und noch heute fühle jeder deutsche Arbeiter seine Brust höher schwellen, wenn er an jene glorreiche Zeit zurückdenke, aus der der Gedanke der internationalen Verbrüderung aller Arbeiter, der in den deutschen Arbeitern unausrottbare Wurzeln geschlagen, neue Nahrung geschöpft habe. Und er wisse sich eins mit der gesamten deutschen Arbeiter-schaft, wenn er auf die internationale Solidarität der Arbeiter ein Hoch ausbringe — ein Hoch, in welches die Versammlung begeistert einstimmte.

Danblon (Belgien) glaubt, man dürfe den Kongress nicht eröffnen, ohne daß des Mannes gedacht werde, der für das Zustandekommen dieses Kongresses, für die Propaganda des Sozialismus in Belgien mehr getan als irgend einer der Anwesenden: De Paeppe. Er widmet ihm einen begeisterten Nachruf, den Baillant auf Alle ausbeht, die im Dienste des

Sozialismus gelebt und gewirkt, gelitten und gestritten; vor Allem auf den Mann, dessen Wort noch heute unsere Losung: Arbeiter aller Länder, vereint Euch! —

Der Kongress eröffnet nun die Frage der Mandatsprüfung; im Namen der Belgier berichtet Volbers: Belgien ist durch 187 Delegierte vertreten, die alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen vertreten; nur ein Fall gebe zu einer Erklärung Anlaß: es seien auch 3 anarchistische Delegierte anwesend, die als solche an einem sozialistischen Kongress nichts zu tun haben; da zwei derselben aber von nicht-anarchistischen Organisationen delegiert seien, so komme nur ein Fall in Betracht und hier beantrage die belgische Arbeiterpartei Ausschluß, weil die Anarchisten weder auf dem Standpunkte der Organisation der Arbeiter noch auf dem des gesetzgeberischen Eingreifens des Staates zu Gunsten der Arbeiterklasse stehen, also gerade an diesem Kongresse nicht teilnehmen könnten. Nach längerer Diskussion erklärt der Kongress mit überwältigender Majorität, die Nichtanerkennung dieses Mandates.

Deutschland ist durch 40 Delegierte vertreten, England durch 23, die sowohl sozialistische, wie gewerkschaftliche Organisationen repräsentieren; Oesterreich hat 11 Delegierte mit 18 Mandaten entsendet, Ungarn 2, Dänemark 4, welche 17 000 Mitglieder in 90 sozialistischen und 140 gewerkschaftlichen Organisationen vertreten, wozu noch 20 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in Kopenhagen kommen. Norwegen wird durch Zepfen vertreten, Spanien durch den schon aus den Kongressen der alten Internationale bekannten Genossen Iglesias, der sämtliche in Spanien organisierte Arbeiter vertritt. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben 6 Delegierte entsandt; da zwei sozialistische Arbeiterparteien (Newyorker und Chicago-Rosenbergnichtung) sich vertreten ließen, wird ein Mandat beantragt, auf Antrag Fischer aber auch Genosse Santal als Delegierter anerkannt. Holland ist durch 9 Delegierte vertreten; ein Anarchist wird zurückgewiesen, Fr. Tentken aus Amsterdam erst zugelassen, nachdem sie erklärte, nicht bloß Frauenrechtlerin zu sein, die ihren einzigen Feind im Manne erblicke, sondern auf dem Boden der Arbeiterbewegung zu stehen. Italien ist durch 3, Polen durch 1, Rumänien durch 5 und die Schweiz durch 6 Delegierte vertreten; insgesamt sind heute 175 ausländische und 187 belgische Delegierte anerkannt.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr.

Die Delegierten sind seitens der Brüsseler Genossen auf den Abend zu einem Gartenfest im Theatre Lyrique, einem ehemaligen Kloster, eingeladen.

Ausland.

Belgien.

(Originalbericht der „Volksmacht“ von B. S.)
Vor der Eröffnung des Brüsseler Kongresses bemerkte man ein reges Treiben in der Nähe der Maison du Peuple.

Die Straßen in der Nähe des „Volkshauses“ waren mit roten Fahnen geschmückt. Uniformierte Trupps der Turner und Studenten kommen unter Gesang oder Musik mit roten Bannern voran nach dem Maison du Peuple gezogen. Das „Volkshaus“ sieht aus wie ein Rathhaus einer mittleren schlesischen Stadt, es steht frei auf der Place de Baviere. Vorn befinden sich Schänke und Eingang zu dem im ersten Stocke gelegenen Saal und den Nebenzimmern, hinten die Fleischerrei der Genossen. In der Mitte liegt ein Tuchladen, an der Seite sieht man Räume für medizinische Zwecke und eine Station für drei Ärzte.

Die Polizei kümmert sich nicht um uns.

Die „Kölnische Zeitung“ lügt in ihrer letzten Nummer, daß wir wegen der Anarchisten schon Polizeihilfe gebraucht; es ist nicht wahr.

Heut wollte ein Italiener, daß die Anarchisten zugelassen und jeder zu einem Punkt einmal sprechen dürfte. Das wurde abgelehnt.

Die Deutschen stimmten für Nichtzulassung.

Gestern rief noch bei der Mandatsprüfung ein Fall fürmische Erregung hervor, die Holländer wollten das Mandat einer Holländerin nicht anerkennen, weil sie meinten, diese wäre nicht Sozialistin und stehe noch auf dem Standpunkte der bürgerlichen Frauenrechtler. Fräulein Druker kämpfte energisch für ihre Zulassung. Diese wurde genehmigt.

Auch von den Amerikanern hatten zwei ein Mandat für ein und denselben Ort. Sie protestierten gegeneinander und wurden beide zugelassen, weil es sich herausstellte, daß sie in der amerikanischen Partei zwei verschiedene sozialistische Richtungen vertreten.

Gleich nach der Sitzung traten die Deutschen zusammen, um zu jeder Frage der Tagesordnung eine Vorberathungs-Kommission zu wählen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. August 1891.

Gewählt wurden: Liebknecht, Bebel, Wurm, Mollath, Vogt, Segitz, Meißner, Stabthagen u. Singer. Gestern hatte ich Gelegenheit ein Volksfest zu besuchen. In dem großen Saal, welcher etwa viertausend Menschen faßt, wogte es auf und ab; im Garten war eine gleiche große Menschenmasse. Die Statue des Königs im Saal war mit einem roten Tuch verhängt. Dafür sah man die Büste von Cäsar de Paep. Militär und Zivil wirbelte, die Marjeillaise singend, durcheinander. Dagegen unsere Verhältnisse gehalten, fühlt man erst recht die Knechtschaft, in welcher wir uns befinden.

Es fanden viele Einzelberatungen statt. Für die nächsten Tage ist als Sitzungszeit festgesetzt worden: 10—12 $\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags und 2—5 Uhr Nachmittags. Es geht hier alles scheinbar drunter und drüber, und ist es mir kaum möglich bei der Stärke aller Eindrücke, meine Gedanken zu sammeln und geordnet zu berichten. Mündlich will ich alles nachholen.

Es lebe die Völkervereinigung! —
Rußland.

Nachdem wir die Kronstädter Floitenskomödie erlebt, lag es nahe, daß die Konservativen in Deutschland das russische Ausfuhrverbot als einen politischen Schachzug ausgeben würden. Daß Rußland in diesem Falle keine Nachpolitik betreibt, darauf haben wir bereits in der „Volkswacht“ hingewiesen. Es ist die bitterste Not, welche das Knutenregiment Rußlands veranlaßt, die Roggenausfuhr zu verbieten. Das russische Gemb sitzt der asiatischen Despotie eben näher als der deutsche Rock. Dagegen ist an und für sich doch nichts einzuwenden.

Es ist sogar anzuerkennen, daß Rußland weitergehende Maßnahmen trifft, um dem Notstand seiner Staatsangehörigen in geeigneter Weise zu begegnen.

Auf Anordnung der Minister der Finanzen und des Innern haben die Börsenkomitees und die Provinzialbehörden innerhalb sieben Tagen (von 15. August an gerechnet) eine genaue Aufstellung über die in Niederlagen, Magazinen, Elevatoren, Häfen, Eisenbahnstationen, Flußfahrzeugen vorhandenen Vorräte von Getreide, Mehl und Kleie angefertigt. Jetzt ist dem Agenten des Finanzministeriums und dem dem Minister des Innern unterstellten Administrationsbehörden der Befehl zugegangen, unverzüglich in den einzelnen Kreisen Nachrichten zu sammeln über die in den Guts- und Bauernwirtschaften vorhandenen Getreide- und Futtermittelvorräte, wobei auch die Entfernungen der einzelnen Wirtschaften von einander anzugeben ist, ferner ihre Entfernungen von Eisenbahnstationen, Häfen, anderen Transportpunkten, die Transportkosten bis zur nächsten Eisenbahnstation. Den Landschaften werden täglich ausführliche Berichte über Getreidevorräte an den einzelnen Orten zugesandt, da es sich häufig lohnen würde, aus weiten Entfernungen billiges Getreide als aus den nächsten Rayons teureres anzukaufen. Den Gouverneuren ist vorgeschlagen, in den Grenzen der lokalen Mittel und ihrer Kompetenz unverzüglich öffentliche Arbeiten zu organisieren. Das Kreisministerium hat sich mit vielen Städten über die unverzügliche Ausführung von Kasernenbauten in Verbindung gesetzt, in anderen Städten sind Pflaster- und Kanalisationsarbeiten in Angriff genommen. Das Domänenministerium gedenkt in nächster Zeit umfangreiche Waldarbeiten zu beginnen. Das Kommunitationsministerium verfügt endlich große Erdarbeiten zur Verbesserung der Ufer und der Regulierung des Laufes vieler Flüsse, woraus auch der Schifffahrt ein bleibender Nutzen erwachsen dürfte.

Es ist nicht viel, was geschieht, aber doch etwas. — Bei uns aber steigen in Deutschland die Preise für Brot, Korn und die übrigen Lebensmittel in beklemmender Weise. Der deutsche Ackerbau ist unfähig, die Bewohner Deutschlands mit Korn zu versorgen. Er ist dazu in dieser schweren Zeit unfähiger als je — und dennoch ist die Politik des neuen Kurses nicht gewillt, ihre Haltung gegenüber den Getreidezöllen zu ändern. Der deutsche Konstitutionalismus könnte hier einmal etwas von dem russischen Absolutismus lernen.

England.

Ein englischer Herzog über den Zaren. Die in London erscheinende Wochenschrift „Darkest Russia“ (das dunkelste Rußland) ist zu dem Zwecke gegründet worden, um genaue Information über die Lage der Juden in Rußland zu verschaffen. Daran fehlt es übrigens kaum, obwohl Gladstone dergleichen behauptet hat. Der Herzog von Westminster hat an ein Mitglied des Londoner russisch-jüdischen Komitees ein Schreiben gerichtet, in welchem er erklärt, daß die Dinge in Rußland immer schlimmer werden, daß die Unmenschlichkeit der Behörden entsetzlich und fast unglücklich seien. Der Herzog vergleicht den Zaren mit Philipp II. von Spanien, welcher sich den „Abscheu der Besten der getteten Welt“ erworben hat.

Freiwillige vor! Die am Montag in Gräbichen abgehaltene Versammlung sprach sich einstimmig für eine rege Agitation zur Verbreitung der „Volkswacht“ aus. Es wurde eine Kommission von drei Personen ernannt, welche die zu diesem Zweck nötigen Vorbereitungen zu treffen hat. Das ist geschehen. Soll nun die Tätigkeit derselben von Erfolg gekrönt sein, so muß sie von einer ganzen Reihe williger und tatkräftiger Genossen unterstützt werden, welche sich an dieser Agitation von Haus zu Haus zu beteiligen haben. Darum — **Freiwillige vor!** Wir sind überzeugt, daß es nur dieses Appells an das Pflichtgefühl bedurfte, um jeden Genossen, der einige Stunden unserer guten Sache zu weihen bereit ist, zu veranlassen, sich sofort in der Expedition dieses Blattes, Weißgerbergasse, zu melden, wo ihm alles Weitere gerne mitgeteilt werden wird. An dem Wetteifer zur Beteiligung an der Verbreitung unseres Parteiorganes werden wir den Grad der Begeisterung für unsere gute Sache erkennen können. Sorge Jeder, daß die Probe gut ausfalle. — **Freiwillige vor!**

Bauliches. Die beiden östlichen und westlichen Uhrtürme am Mittelportal des Zentralbahnhofes werden in ihrem oberen achteckigen Teile einer Renovation unterzogen. Der schadhafte Putz wird abgeschlagen und die Gesimse zum Teil erneuert. — Die westliche Front des königlichen Universitäts-Gebäudes auf der Neuen Sandstraße (früherem Sandkloster) ist nach vollendetem Delanstrich freigelegt worden. Das imposante Gebäude kommt in seinem neuen Gewande zur mächtigen Geltung. Besonders treten die Fensterkrönungen und das große Portal am Haupteingange lebhaft hervor. — Das Landgericht, ehemaliges Vincenzkloster am Ritterplatz, wird einer ähnlichen Renovation unterzogen. Die Aufrüstung derselben hat bereits begonnen. — An der linken Uferseite der neuen Dombrücke werden fochten Fundamentierungsarbeiten zum Bau einer neuen Wasserbrücke vorgenommen. — Der Brückenbau für Fußgänger am Klarenwehr, zur Verbindung der Hinterbleiche mit der Matthiasstraße, ist trotz der ungünstigen Witterung und des vielfachen Hochwassers eifrig gefördert worden. Die Brücke erhält eine eiserne Bogenkonstruktion, welche auf zwei Stützpfählen ruht. Dieselben sind im Bau so weit vorgeschritten, daß der Pfeiler am rechten Oderufer in seinen Fundierungsarbeiten vollständig beendet und bis zur Straße hoch aufgemauert ist. Der linke Stützpfiler am linken Oderufer ist in seinen Mauerarbeiten fertig gestellt und wird mit den Fundierungsarbeiten begonnen werden. Hoffentlich wird der Brückenbau noch in diesem Jahre fertig gestellt und die lang ersehnte Verbindung jener beiden Stadtteile endlich hergestellt werden.

Gewichtszunahme der Kinder. Vielfache und genaue Messungen an Schulkindern haben ergeben, daß letztere während des Jahres durchschnittlich 6 Zentimeter wachsen, wovon 4 Zentimeter auf die 10 Schulmonate und 2 Zentimeter (also erheblich mehr als durchschnittlich der Fall sein würde) auf die Ferienmonate fallen. Ob dies auch bei Arbeiterkindern zutrifft, wissen wir nicht.

Aussichten auf einen zeitigen Herbst. Alle Anzeichen in der Natur deuten, zieht man alte auf Erfahrung basierende traditionelle Regeln zu Rate, auf ein zeitiges Eintreten des Herbstes hin. Die Schwadlen sieht man außerhalb der Stadt in großen Schwärmen unstill umherfliegen. Im Volksmunde heißt es: „sie versammeln sich“ zum Auswandern in die Gebiete, in welchen sie den Winter zubringen. Das Laub der Bäume beginnt schon zu welken und die Kronen werden lichter. Der wilde Wein, welcher sein Laub erst Anfang Oktober purpurn zu färben beginnt, zeigt hier und dort schon jetzt welkende und vergilbte Blätter. Wenn man will, ist das massenhafte Erscheinen des Kernobstes auf den Märkten auch ein Vorbote des nahenden Herbstes. Allem Anschein nach kommen aber mit dem Vorherbst endlich die ersehnten sonnigen Tage, welche die sommerliche Natur unter freundlichem Lächeln scheiden lassen. Wenn nur auch die Aufhebung der Getreidezölle käme.

Neue Bedürfnis-Anstalten. Während des Sommers haben an verschiedenen Plätzen und Straßen der Stadt neue Bedürfnis-Anstalten Aufstellung gefunden, so u. a. auf dem Gneisenau-Platz, an der Kaiser Wilhelmstraße unweit der Augustastrasse, auf dem Mauritiusplatz und an der Thiergartenstraße. Eine Maystraße, an der Südwestecke des Klinik-Grundstückes. Die letztgenannte ist geteilt und auch für weibliche Personen eingerichtet. Vielleicht wird auch bei anderen derartigen Anstalten eine ähnliche Einrichtung.

Zu dem Kapitel von der schamlosen Verlogenheit der Bourgeoispresse, das in der Montagsversammlung zur Sprache kam, leistet der hiesige „General-Anzeiger“ einen weiteren beachtenswerten Beitrag. Nachdem derselbe in neunzehn Zeilen ein „Referat“ über die erwähnte Versammlung gebracht, fährt er fort:

Der Vorstehende Schütz verlas schließlich noch ein Zirkular, welches der Verlag des „Breslauer General-Anzeiger“ an einzelne Behörden gerichtet hatte, wodurch Anlaß zu einer sehr langen Debatte gegeben wurde, in welcher der „Breslauer General-Anzeiger“ mit einer wahren Sintflut von Schmähwörtern überschüttet und dem Berichterstatter dieser Zeitung zu wiederholten Malen mitgeteilt wurde, daß er das nächste Mal „rausgeschmissen“ werden würde. Erst nach 11 $\frac{1}{2}$ Uhr endete die Versammlung.

(Der Angriff gegen den „Breslauer General-Anzeiger“ wurde namentlich deshalb hervorgerufen, weil derselbe behauptete, daß er der Ausdehnung der sozialdemokratischen Presse am erfolgreichsten entgegengetreten sei. Natürlich entseßelte diese Behauptung unter den „Genossen“ einen Sturm von Entrüstung. Doch verhehen wir diese Entrüstung beim besten Willen nicht, denn einmal wurde diese Tatsache doch auf dem sozialdemokratischen schlesischen Parteitage öffentlich und offiziell von den Führern selbst zugegeben, und außerdem erklärten auch in einer großen Anzahl von Versammlungen und in der „Volkswacht“ die „Genossen“, daß der „Breslauer General-Anzeiger“ ihrem eigenen Organ, der „Volkswacht“, gar sehr im Wege stünde. Der Verlag des „Breslauer General-Anzeiger“ hat also weiter nichts behauptet, als was die sozialdemokratische Partei selbst wiederholt und öffentlich zugestanden hat; für uns aber ist es ja längst nichts Neues mehr, daß die sozialdemokratischen Führer oft genug über ihre eigenen — Worte entkräftet sind. Auf die lebenswürdige Behandlung, die unserem Berichterstatter zu Teil wurde, kommen wir noch zurück. Am. d. Red. d. G.-A.)

Nach der Stilisirung des ersten Satzes scheint hervorzugehen, daß unsere Genossen über die Tatsache, daß der „General-Anzeiger“ sich die „Bekämpfung“ der Sozialdemokratie zum Ziele gemacht, ergrimmt gewesen wären. Dem ist nicht so! Die Versammlung war — und wol auch mit Recht — über die Art und Weise empört, wie dieses Blatt in Sozialistenhass macht, nämlich durch entstellte Berichte und lächerliche Wortklaubererei. Zu allermeist aber erregte es den Unwillen der Versammlung, daß der Verlag des „General-Anzeigers“ sich gegenüber auswärtigen Behörden diese Bekämpfung als ein ganz besonders großartiges Verdienst vindiziert!

Die dem zitierten Schlusssatz angehängte Redaktions-Anmerkung beweist, daß der Berichterstatter es auch hier wieder mit der Wahrheit nicht genau genommen hat, denn aus den vorstehenden Zeilen ist ersichtlich, worüber die Versammlung entrüstet war. Der „General-Anzeiger“ bekämpft also, wie aus diesem Beispiel ersichtlich, die Sozialdemokratie auch mit — Taschentüchlerkunststücken.

Stimmlich entkernt hat sich am 17. d. M. der 15 Jahre alte Knabe Wilhelm Sperling aus der Wohnung seiner Mutter, einer Bahnarbeiterfrau auf der Reichstraße. Er nahm folgende Sachen, die ihm nicht gehören, mit: Einen schwarzbraun gefärbten Anzug, einen graubraunen Anzug, einen dunklen Anzug, einen grauen Filzhut und eine Cylinderuhr. Vor Ankauf dieser Sachen wird gewarnt. Sp. ist mittelgroß, stark gebaut und hat blicches Gesicht.

Vetrag. Am 16. d. M., Vormittags, kam in die Wohnung eines Maschinenmeisters auf der Gräbichenstraße ein ungefähr 14 Jahre altes Mädchen und überreichte dem allein anwesenden Dienstmädchen ein Notenhäft (drei polnische Lieder) mit dem Bemerkten, dieses Häft sei bei ihrem Vater bestellt worden, sie sollte es abgeben und den Betrag von 1,50 Mk. bald einziehen. Das Dienstmädchen schenkte den Worten des sicher auftretenden Mädchens Glauben und bezahlte das Häft. Als die Dienstherrschaft später nach Hause kam, klärte sich die Sache als eine Schwindelerei auf.

Ein Arbeiter-Engagement. Wir erhalten folgende Zuschrift: „Nachdem ich zirka 6 Jahre in einer Stelle tätig gewesen, wurde ich wegen Arbeitsmangel entlassen und mußte mich um andere Beschäftigung umsehen. Durch ein Inserat der „Breslauer Morgenzeitung“ erhielt ich solche bei Herrn Fritz R. in der Gräbichenstraße. Ich wurde im Bierverlag daselbst mit einem monatlichen Gehalt von 55 Mark angestellt und freute mich schon, wieder einen Platz von längerer Dauer erhalten zu haben, trotzdem die Arbeitszeit von 5 Uhr früh bis 8 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends dauerte inklusive einer einständigen Mittagsrast, sowie je eine halbe Stunde Frühstück und Veiper, d. h. also: täglich 13 $\frac{1}{2}$ Stunde. Leider war auch diese immerhin fragwürdige Stellung

nur von kurzer Dauer. Nach zwei Tagen nämlich mußte ich bereits meine Stellung mit monatlichem Gehalt wegen Arbeitsmangel verlassen.

Neues Musik-Institut. Der uns durch seine Auführungen von Massenchören unserer Partei wohlbekannte Herr Direktor Armand Laber feierte am Sonntag, den 16. d. Mts., im Saale des Café Restaurant nachträglich seinen Geburtstag.

Festgenommen wurde eine schon mit Zuchthausvorbestrafte Maurerfrau, die einem Haushalter auf der Siebenhufenerstraße einen Korb mit Wäsche von bedeutendem Werte gestohlen hatte.

Unfälle. Der Arbeiter Jeschil aus Bischowitz, Kreis Breslau, kam beim Einfahren von Getreide zu Fall; er wurde überfahren und erlitt einen Bruch des linken Armes.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizei gefängnis wurden am 18. d. Mts. 42 Personen eingeliefert. Gestohlen wurden: Einem Schlossermeister auf der Reichstraße ein Schmortopf; einem Dienstmädchen auf der Neuen Taschenstraße ein dunkelblaues Kleid und Jaquet; einem Maurer auf der Kaiser Wilhelmstraße eine Wasserwaage; einer Lehrerin auf der Rehlgaße ein Portemonnaie mit 105 Mk. Inhalt, ein Bajschiff.

Breslauer Marktpreise vom 19. August per 100 Stöck gute mittlere geringe Waare

Gerichtliches.

Die Hausordnung schreibt es vor! In der Klosterstraße 13 befindet sich das vom Dr. Franz be-

gründete von Grauen Schwestern geleitete „St. Agnes-Stift“, welches gegen eine sehr niedrig bemessene Entschädigung katolischen Arbeiterinnen eine bequeme Schlafstelle und vollständige Beschäftigung gewährt. Eine früher in diesem Stift untergebrachte Arbeiterin stand am Dienstag vor dem hiesigen Schöffengericht, angeklagt des wiederholten Diebstahls von Gegenständen, welche dem Stift gehörten, sowie Kolleginnen, mit denen die Angeklagte in dem Stift das Zimmer teilen mußte; Schätze sind dies allerdings nicht gewesen; der Wert der angeblich gestohlenen Objekte belief sich auf im Ganzen eine Mark und fünfzig Pfennige.

Urkundenfälschung und Unterschlagung. Vor der Ferienstrafkammer des hiesigen königlichen Landgerichts hatte sich am Montag die verehelichte Maler Louise Gleis, geb. Schreiber, wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung zu verantworten. Eine hiesige unverheiratete Hebamme M. hatte sich in einem Prozeß an den Rechtsanwalt Dr. Bertowicz mit dem Ersuchen um Vertretung in dem anstehenden Termine gewendet.

auf ihre bisherige Unbescholtenheit unter Zustimmung mildernder Umstände zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Schlesien.

Von der russisch-schlesischen Grenze. Der Warschauer „Kuryer Sowijski“ teilt folgendes mit: „Das Kohlenbergwerk Milowice, eines der größeren im Sosnowicer Bezirk, der ausländischen Firma S. Kuntzky u. Co. gehörig, ist am Freitag um 11 Uhr früh überschwemmt worden. Die Ueberschwemmung ist so bedeutend, daß zur Beseitigung derselben neue Maschinen herbeigeschafft werden müssen.

Grünberg. Seit einiger Zeit kirschen hier Gerüchte, daß der Betrieb der hiesigen Braunkohlengruben aufhören solle, weil derselbe nicht erträglich genug sei; d. h., die Teilerhalter erhalten zu wenig Reingewinn.

Waldenburger. Die Feuerung aller Lebensmittel macht sich auch in unserem industriellen Kreise ganz besonders fühlbar und mancher mit Kindern reich begabte Familienvater sieht recht bekümmert der Zukunft entgegen.

Neustadt, 17. August. Gestern fand die erste Versammlung unserer Genossen in einem eigens dazu gemieteten Zimmer auf der Wiesnerstraße statt und hielt nach der Gründung eines Leses- und Diskussionsklubs Genosse Johann Hirschmeier einen Vortrag über unsere Lokalverhältnisse.

Neustadt, 17. August. Gestern fand die erste Versammlung unserer Genossen in einem eigens dazu gemieteten Zimmer auf der Wiesnerstraße statt und hielt nach der Gründung eines Leses- und Diskussionsklubs Genosse Johann Hirschmeier einen Vortrag über unsere Lokalverhältnisse.

Veranstaltungen veranstalten zu können. Er forderte die Ge...

Donnerstag. Man schreibt uns: Am 12. d. M. wurde hier der Maurer Reinhold Lehner...

Freitag. In Bezug auf die bei unserem Genossen Anton...

Freitag. Der vom Schwabacherdirektor Klein...

Freitag. Zur Feuerungs-Kalamität. Die Brotpreise in Breslau...

Freitag. Selbstmord. Schiffs-unfall. Ein schwerer Schiffschlag hat die Familie des...

Freitag. Der Mühlendauer Rotber, welcher schon seit 20 Jahren...

Parowitz. Ein weißer Kabel. Als ein sehr ehrlicher Schuldner...

Waldenburg. Gerichtssaal. Ein Bild von großer Schönheit...

Posen. Unter der Bezeichnung „Posener Beamten-Vereinigung“ hat sich hier heute...

Posen.

Posen, 17. August. Unter der Bezeichnung „Posener Beamten-Vereinigung“...

Posen. Zur Erteilung des polnischen Privat-Sprach-

Posen. Zur Erteilung des polnischen Privat-Sprach-

Posen. Die gegenwärtigen hohen Getreidepreise, meinetwegen...

Posen. An hervorragender Stelle reproduziert die „N. N. Bg.“...

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 18. August. Todesfälle I. Rutscher Johann Hallmann, 60 J. - Paul, S. des...

Vom 19. August. Heirats-Ankündigungen I. Arbeiter Paul Welzel, evang., Wärfischstraße 60...

Heiratlicheungen I. Wagenschreiber, Paul Rudmannel, ev., mit Clara...

Geburten I. Kaufmann Heinrich Schäfer, ev., L. - Kaufmann Moriz...

Todesfälle I. Streckenarbeiter Robert Kurke, 36 J. - Uhrmachergehilfe...

Briefkasten.

(Redaktion für den lokalen Teil.) H. P. Dittersbach. Wir glauben, daß durch die Veröffentlichung...

